

Presseerklärung

06.02.2013

Verwaltung aus ihrem Tran holen

Ortsnahe Versorgung sichern und die Gemeinde entwickeln

Die CDU Fraktion in Bischofsheim fordert, dass die Verwaltung bei längst überfälligen Projekten aktiv wird. Zum einen solle sie sich um die Versorgung der Menschen in der Böckler-Siedlung bemühen, zum anderen die seit Jahren beschlossenen Baugebiete Hessenring 2 und Berliner Zwickel freigeben.

„Nachdem der Schlecker-Markt als einziger halbwegs brauchbarer Nahversorger im vergangenen Jahr geschlossen wurde, hat sich immer noch nichts getan, um die Menschen in der Böckler-Siedlung wieder mit den Dingen des täglichen Bedarfs auszustatten“, stellt der Fraktionsvorsitzende Helmut Schmid fest.

Zwar, so Schmid weiter gebe es in Bischofsheim insgesamt eine ganze Reihe von Vollversorgern, diese seien jedoch gerade für ältere Mitbürger aus der Böckler-Siedlung oft nur schwer zu erreichen.

„Wir wissen, dass es nicht leicht ist, auf dem beengten Raum, der dort zur Verfügung steht, etwas anzusiedeln, aber diesen Ortsteil völlig zu ignorieren und sich selbst zu überlassen, kann keine Lösung sein“, wie Klaus Guthmann, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss erklärte.

Es sei nun an der Verwaltung kreative Ideen vorzulegen, wie, eventuell auch mit mobilen Angeboten, dort wieder eine Versorgung möglich werde, betonte er.

Mit diesem Ziel stellte die Bischofsheimer CDU-Fraktionen einen entsprechenden Antrag, der die Verwaltung zum Handeln bringen soll. „Es wurde im Zusammenhang mit dem Eisernen Steg die Befürchtung laut, die Bewohner der Böckler-Siedlung seien Menschen zweiter Klasse. Das ist falsch und sie sollen wissen, dass wir ihre Interessen genauso im Blick haben, wie die der anderen“, betonte die Ortsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Bächle-Scholz.

Bereits vor Jahren wurde beschlossen, die Baulücken am Hessenring und Berliner Zwickel zu schließen und dort Wohngebiete auszuweisen. „Die notwendigen Beschlüsse der Gemeindevertretung liegen längst vor und seit dem geschieht nichts“, zeigte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sebastian Schmitt erzürnt.

„Unsere Gemeinde ächzt unter ihrer Schuldenlast, der Bürgermeisterin und den sie stützenden Fraktionen fällt dazu hauptsächlich ein, Friedhofsgebühren und Steuern für Grundbesitz und Hundehaltung zu erhöhen. Stattdessen wäre es zukunftsweisend junge Familien anzusiedeln, was aber nur mit neuen Wohngebieten geht. Wieso hier eine solche Lethargie bei einem derart wichtigen Thema an den Tag gelegt wird, will sich mir nicht erschließen“, schloss Ingo Kalweit die Begründung der Anträge.